Rolf Büttner
Dr. Gebauer-Str. 49
55411 Bingen
+49 (171) 54 01 425

Herrn
Paul Binder
Unternehmenssprecher
WAZ-Medien Gruppe
Friedrichstraße 34-38
45128 Essen

Bingen, den 07. November 2007

Betreff: Ihr Schreiben vom 17. 10.2007 auf meinen Leserbrief

Sehr geehrter Herr Binder,

zunächst einmal vielen Dank für Ihren Brief, in dem Sie sich ausführlich mit meinem Anliegen auseinandersetzen. Das zeigt mir: Sie suchen eine argumentative Linie.

Gleichwohl teile ich Ihre Ansichten nicht. Sie beruhen im Wesentlichen auf den Argumenten des Arbeitgeberverbandes der neuen Briefdienstleister, dem Herrn Florian Gerster vorsteht. Schon damit beginnt das Problem: Ihre Verlagsgruppe war ja nicht unbeteiligt, Herrn Gerster mit Ihrer Interessenvertretung zu beauftragen. Eine Persönlichkeit, die als Gründungs- und Fördermitglied der milliardenschweren Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft" für eine soziale Richtung steht, die die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ablehnt.

„Sonnenkönig" wurde Herr Gerster einst bei der Bundesagentur für Arbeit genannt. Wie er auf Kosten der Beitragszahler von Sozialversicherungsbeiträgen agiert hat, ist uns allen noch bestens bekannt: Unangemessene Regelungen bei Dienstwagen, Luxushotels, Verdoppelung Jahresgehalt, Vertuschungsversuche beim eigenwilligen Umgang mit Ausschreibungsrichtlinien, arroganter und großspuriger Umgang mit Mitarbeitern.

Als WAZ-Verlagsgruppe tragen Sie Mitverantwortung dafür, diesen Herren als Ihren Repräsentanten ausgesucht zu haben. Eine Richtungsentscheidung. Das gilt auch für sein Gehalt von 1 Million Euro. 1000 Briefträgern könnte der Stundenlohn dafür ein Jahr um 5,- Euro erhöht werden. Für sie würde der Mindestlohn dann zwischen 11,- Euro und 12, 50 €/Std liegen können.

Als WAZ-Gruppe tragen Sie Mitverantwortung für den Kurs von Herrn Gerster und Co: Für von Arbeitgeberseite bestellte, bezahlte und mit Druck organisierte Demonstrationen, ausgerichtet von einer Werbeagentur. Arbeitnehmer mussten sich erniedrigen, für Hungerlöhne zu demonstrieren. Sie tragen Mitverantwortung für den von Medien insgesamt aufgegriffenen Kampagnenjournalismus.

...

Sie tragen Mitverantwortung für die Machenschaften von Herrn Gerster und Co., eine dubiose Gewerkschaft zu gründen. Mit einem Vorstand, der aus der Personalabteilung der vom Springer-Verlag beherrschten PIN AG kommt. Einem Geschäftsführer der „Gewerkschaft", der Unternehmensberater ist. Wo indirekt die Arbeitgeber Rechtsanwälte suchen und finanzieren, die für diese „Gewerkschaft" tätig werden sollen.

Das am Ende Ihre Zeitungsleser, Anzeigenkunden und Abonnenten insgesamt eine solche Vorgehensweise mit ihrem Geld nicht länger finanzieren mögen, liegt auf der Hand.

Wenn der Journalismus bei Ihnen wirklich so unabhängig ist, wie Sie es in Ihrem Brief darstellen, warum greift die WAZ-Gruppe das nicht einmal prominent auf? Warum wird dies nicht einmal in einer Dokumentation der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Ich möchte mich auch inhaltlich mit Ihnen auseinandersetzen. Denn Sie liefern nur eine Argumentationskette, die Ihnen offensichtlich vom Arbeitgeberverband bzw. der Geschäftsleitung vorgegeben wird und die sich wie ein roter Faden durch ständige Wiederholungen, Zitate usw. auch im redaktionellen Teil der WAZ-Gruppe wiederfinden. Entlarvend ist dabei z. B. der von Ihnen im Brief dreimal verwendete „Kampfbegriff" Staatspost-/Unternehmen. Damit soll offensichtlich suggeriert werden, dass die Leistungen der Bürgerpost etwas Schlechtes sind.

Doch zurück zu Ihren Argumenten:

1) Wettbewerb und das Engagement der WAZ-Verlagsgruppe
Ja, mehr Wettbewerb war durch die Postreform II gewollt. Qualität, Zuverlässigkeit, Produktinnovation sollte zur Grundlage des Wettbewerbs werden. Die Formel lautete: „Wettbewerb ja, Lohn- und Sozialdumping nein". Darum wurde auch folgende Sozialklausel ins Postgesetz aufgenommen: *„Die Lizenz ist zu versagen, wenn ... Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragssteller die wesentlichen Arbeitsbedingungen, die im lizenzierten Bereich üblich sind, nicht unerheblich unterschreitet."* (§ 6 Abs. 3, S. 1 Nr. 3 Postgesetz). Ex-Postminister Bötsch und Ex-Kanzleramtsminister Bury, die „Väter" des Postgesetzes, haben ausdrücklich noch einmal bestätigt, dass dabei Maßstab die Löhne der Postmitarbeiter sind. Das war vor der Liberalisierung ein Versprechen der Politik an die Beschäftigten der Branche.

Die WAZ-Gruppe musste wissen, dass dies die Rahmenbedingungen sind, wenn sie sich im Briefmarkt engagiert. Heute dann darzulegen, dass sich Ihr Engagement nur durch die Zahlung von Hungerlöhnen rechnet, ist schon ein starkes Stück. Es spricht nicht für Ihre reklamierte soziale Ausrichtung. Weil es für die Briefträger dann nicht zum Leben reicht, müssen sie noch staatliche Hilfe beantragen, die wir als Steuerzahler bzw. über unsere Sozialversicherungsbeiträge bezahlen müssen. Über diesen Umweg wird das Geschäftsmodell Lohn- und Sozialdumping der WAZ-Gruppe über staatliche Transferleistungen für Ihre Briefträger finanziert. Ich empfinde das skandalös und ein Zerrbild eines fairen Wettbewerbs.

Das für alle Marktteilnehmer die Postlöhne festgeschrieben werden sollen ist schlichtweg eine falsche Behauptung, die auch durch ständige Wiederholungen nicht wahr wird. Die Postlöhne liegen bei 11,43 Euro für Neueinsteiger bzw. 16, 63 Euro für langjährige Postboten bei einer 38,5 Std-Woche.

...

Das bei einer 40 Std-Woche ein Mindestlohn zwischen 8,- Euro und 9,80 Euro, den die WAZ-Gruppe verkraften müsste unverhältnismäßig ist, bleibt unverständlich. Wenn die WAZ-Gruppe bei dem gegebenen Lohnabstand zur Post nicht vernünftig kalkulieren kann, spricht dies nicht für kluges, kaufmännisches Verhalten.

Im Gegenteil: Gemessen an den ursprünglichen Intentionen des Postgesetzes ist ein Mindestlohn zwischen 8,- Euro und 9,80 Euro sogar noch ein deutlicher Vorteil für neue Briefdienstleister.

Das inzwischen der Springer-Verlag am 03.11.07 erklärt, dass man in den internen Berechnungen/Szenarien schon mit 9,80 Euro kalkuliert, spricht Bände.

Das der luxemburgische Konzern PIN Group (hinter dem kapitalkräftige deutsche Verlagshäuser stehen) und der milliardenschwere holländische Postkonzern TNT eine Anschubfinanzierung nicht stemmen können, bei der Hungerlöhne ausgeschlossen sind, darf bezweifelt werden.

Wenn sich die WAZ-Gruppe also gegen einen angemessenen Lohn von 9,80 Euro wehrt, geht es ihr nur um eines: Mit Lohn- und Sozialdumping als Geschäftsmodell schnell Geld zu verdienen. Den Rest zum Leben soll die Allgemeinheit über Steuern für die Briefträger draufzahlen. So spart man Millionen. Folgerichtig kann Herr Thiel dann auch eine Expansion seiner PIN-Group nach Osteuropa und Österreich ankündigen. Das Kapital hat man sich billig beschafft.

2) Steuerliche Privilegien der Post

Sie beklagen, dass die Post von der Mehrwertsteuer befreit ist. Das ist in dieser Pauschalität falsch. Lediglich die Universaldienstleistungen sind von der Mehrwertsteuer befreit. Als Ausgleich für die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit erschwinglichen Postdienstleistungen. Das finde ich auch so in Ordnung.

Ich finde auch, dass weitere Anbieter, die im Interesse der Bürger einen flächendeckenden, umfangreichen Universaldienst anbieten, von der Mehrwertsteuer befreit werden sollten. Das wurde Ihnen durch die Kanzlerin auch angeboten. Mich hat es sehr erstaunt, dass dies von Ihren Interessenvertretern abgelehnt wurde. Das sie dieses gerechtfertigte „steuerliche Privileg" trotzdem geißeln, wundert schon sehr. Das zeigt: Ihr Geschäftsmodell dient nicht dem Bürger, sondern soll den schnellen Euro einfahren.

3) Neue Arbeitsplätze für Geringqualifizierte

Das ein Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet, ist eine unbewiesene Behauptung. Im Saldo wird es in der Postbranche zu keinem Arbeitsplatzabbau kommen. Wenn sich jedoch das Geschäftsmodell der WAZ-Gruppe durchsetzt, wird es zu einer Umschichtung sozial-versicherungspflichtiger Arbeitsplätze hin zu Mini-Jobs kommen. Ich kann nicht erkennen, was daran sozial sein soll.

Das Briefzusteller abschätzig als „Geringqualifizierte" bezeichnet werden, die froh sein sollen, für einen Hungerlohn arbeiten zu dürfen, weil sie sonst ohnehin keine Chance haben, ist nicht mein Weltbild.

...

Briefträger haben ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, weil sie mit Kompetenz, Herz und Hingabe ihre Arbeit für die Bürger erledigen. Sie tragen Verantwortung für ein hohes Gut: Das grundgesetzlich verankerte Postgeheimnis. Nur durch verantwortungsbewusste, gute qualitative Dienstleistung wird dieses Bürgerrecht geschützt. Dafür soll man auch gut und ehrlich entlohnt werden.

Ihr Argument bedeutet: „Geringqualifizierte" brauchen nicht anständig bezahlt zu werden. Es lässt die Leistung, das ganze Jahr verlässlich bei Wind und Wetter für uns Bürger unterwegs zu sein, ungewürdigt. Es deckt brutal die soziale Kälte derer auf, die so reden und schreiben.

Als kritischer Begleiter der WAZ-Gruppe bleibt mein Appell an Ihre Geschäftsleitung: Distanzieren Sie sich von Herrn Gerster und Co. Kehren Sie um, ehe Ihre Leser Ihnen den Rücken kehren.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Büttner